4.12.2013

A7-0398/3

Änderungsantrag 3
Philippe De Backer
im Namen der ALDE-Fraktion

Bericht
Jürgen Klute
Zahlungskonten
COM(2013)0266 – C7-0125/2013 – 2013/0139(COD)

A7-0398/2013

Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 41 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(41a) Die Mitgliedstaaten sollten entscheiden können, mit Zustimmung der Kommission Zahlungsdienstleister von der Pflicht, Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen anzubieten, freizustellen. Die Kommission sollte der Freistellung nur zustimmen, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Zahlungsdienstleister sichergestellt sind, das Recht von Verbrauchern auf Zugang nicht untergraben wird und nicht die Gefahr besteht, dass Verbraucher, die ein Basiskonto haben, stigmatisiert werden. Die Zustimmung darf nicht zu einer Situation führen, in der nur ein einziger Zahlungsdienstleister dieses Zahlungsskonto mit grundlegenden Funktionen in einem Mitgliedstaat anbietet.

Or. en

4.12.2013

A7-0398/4

Änderungsantrag 4
Philippe De Backer
im Namen der ALDE-Fraktion

Bericht
Jürgen Klute
Zahlungskonten
COM(2013)0266 – C7-0125/2013 – 2013/0139(COD)

A7-0398/2013

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass **in ihrem Hoheitsgebiet mindestens ein Zahlungsdienstleister** den Verbrauchern **ein Zahlungskonto** mit grundlegenden Funktionen **anbietet**. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen nicht nur von Zahlungsdienstleistern angeboten werden, die das Konto **ausschließlich für eine Online-Nutzung** zur Verfügung stellen.

Geänderter Text

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass **alle Zahlungsdienstleister, die im allgemeinen Privatkundengeschäft tätig sind und im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Zahlungskonten anbieten**, den Verbrauchern **Zahlungskonten** mit grundlegenden Funktionen **anbieten**. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen nicht nur von Zahlungsdienstleistern angeboten werden, die das Konto **nur über eine Online-Plattform** zur Verfügung stellen.

Die Mitgliedstaaten können mit Zustimmung der Kommission entscheiden, Zahlungsdienstleister von der im ersten Unterabsatz genannten Pflicht freizustellen. Eine solche Freistellung gründet sich auf objektive und restriktive Kriterien Die Kommission stimmt den Freistellungen zu, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Zahlungsdienstleister sichergestellt sind, das Recht von Verbrauchern auf Zugang nicht untergraben wird und die Freistellung nicht zu einer Situation in dem betreffenden Mitgliedstaat führt, in der die Gefahr besteht, dass Verbraucher, die ein Basiskonto haben, stigmatisiert werden.

Or. en

AM\1012373DE.doc

PE519.430v01-00

4.12.2013

A7-0398/5

Änderungsantrag 5

Jürgen Klute

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

Jürgen Klute

Zahlungskonten

COM(2013)0266 – C7-0125/2013 – 2013/0139(COD)

A7-0398/2013

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass **in ihrem Hoheitsgebiet mindestens ein Zahlungsdienstleister** den Verbrauchern **ein Zahlungskonto** mit grundlegenden Funktionen **anbietet**. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen nicht nur von Zahlungsdienstleistern angeboten werden, die das Konto **ausschließlich für eine Online-Nutzung** zur Verfügung stellen.

Geänderter Text

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass **alle Zahlungsdienstleister, die im allgemeinen Privatkundengeschäft tätig sind und im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Zahlungskonten anbieten**, den Verbrauchern **Zahlungskonten** mit grundlegenden Funktionen **anbieten**. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen nicht nur von Zahlungsdienstleistern angeboten werden, die das Konto **nur über eine Online-Plattform** zur Verfügung stellen.

Die Mitgliedstaaten können mit Zustimmung der Kommission entscheiden, Zahlungsdienstleister von der im ersten Unterabsatz genannten Pflicht freizustellen. Eine solche Freistellung gründet sich auf objektive und restriktive Kriterien. Die Kommission stimmt den Freistellungen zu, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Zahlungsdienstleister sichergestellt sind, das Recht von Verbrauchern auf Zugang nicht untergraben wird und die Freistellung nicht zu einer Situation in dem betreffenden Mitgliedstaat führt, in der die Gefahr besteht, dass Verbraucher, die ein Basiskonto haben, stigmatisiert werden.

AM\1012373DE.doc

PE519.430v01-00

Or. en

AM\1012373DE.doc

PE519.430v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

4.12.2013

A7-0398/6

Änderungsantrag 6

Jürgen Klute

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Bericht

Jürgen Klute

Zahlungskonten

COM(2013)0266 – C7-0125/2013 – 2013/0139(COD)

A7-0398/2013

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 15 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2a. Die Wahrnehmung des Rechts nach Absatz 2 kann seitens der Mitgliedstaaten an die Bedingung geknüpft werden, dass Verbraucher einen wirklichen Bezug zu dem Mitgliedstaat haben, in dem sie ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen zu eröffnen und zu nutzen beabsichtigen.

Wenn Verbraucher aufgefordert sind, den Nachweis für einen solchen Bezug zu erbringen, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass dies keine Belastung für den Verbraucher darstellt. Dazu sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die zuständigen Behörden eine Liste der Formen aufstellen, in der ein solcher Bezug bestehen kann. Die Liste umfasst mindestens Staatsbürgerschaft, familiäre Bindungen, Lebensmittelpunkt, Arbeitsplatz, Praktikum oder Lehrstelle, Bemühen um Wahrnehmung beruflicher Chancen oder sonstige berufliche Verbindungen, Studium oder Berufsausbildung, Wohnsitz, Eigentum sowie anhängiger Asyl- oder Einbürgerungsantrag.

Die EBA erstellt zur Unterstützung der zuständigen Behörden Leitlinien gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU)

AM\1012373DE.doc

PE519.430v01-00

Nr. 1093/2010.

Zahlungsdienstleister tragen den vom Verbraucher beigebrachten Informationen Rechnung und können verlangen, dass der Verbraucher zur Kontoeröffnung in der nächstliegenden Filiale persönlich erscheint oder von einem Dritten rechtlich vertreten wird.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Verbraucher binnen eines Monats nach der Eröffnung eines Kontos im Ausland den Nachweis für einen wirklichen Bezug zu dem Land erbringen können. Bis dieser Nachweis hierfür – erforderlichenfalls auch durch persönliche Anwesenheit – verifiziert ist, dürfen Zahlungsdienstleister die Nutzung des Kontos einschränken.

Or. en